

Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buch-
bindungen des In- und
Auslandes an.
Bestellungen für die
bevorstehenden Monate:
H. K. Gorge,
Bismarckstr. 101, N. J.
G. K. H. H. H.
Bismarckstr. 101, N. J.
Bismarckstr. 101, N. J.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Steuer-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Buchhandlungen auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Sgr. Sachsen u. Preußen
Sach.-Monatsbuch auch auf
den 1. Monat à 5 1/2 Sgr.
angewandt.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 112.

Sonntag, 16. November.

1873.

Reichstagswahl.

Die Reichstagswahl soll, wie verschiedenartig gemeldet wird, bereits in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden. Was soll diese sich überfüllende Eile bedeuten? Das Mandat des jetzigen Reichstags läuft noch bis Anfang März nächsten Jahres; eine Neuwahl, die Ende Februar stattfände, wäre somit vollständigzeitig genug. Vor März nächsten Jahres kann aber auch der neue Reichstag nicht zusammentreten, da bis dahin die preussischen, sächsischen, bairischen u. Landtage vollaus beschäftigt sind. Warum also diese Hast? Es gibt keinen andern Grund als den: man will den oppositionellen Parteien zur Agitation so wenig Zeit wie möglich lassen; darum diese Eile. Die preussischen Landtagswahlen haben bereits eine bedeutende Verstärkung der ultramontanen Partei ergeben und deren Aussichten für die Reichstagswahlen sind noch günstiger; die Partikularisten in Hannover und Schleswig-Holstein sind ebenfalls für die Reichstagswahlen rührig. Hierzu kommt nun der dritte und Hauptfeind: die Sozialdemokratie, der alle Hebel ansetzt, um Siege zu erfechten. Durch einen frühzeitigen Wahltermin und Verlegung desselben in die allerungünstigste Zeit des Jahres glaubt man die „Reichsfeinde“ lahm zu legen. So ist der Plan. Wohl paßt auch der Bourgeoisie der Wahltermin nicht, aber die Bourgeoisie bedarf keiner Agitation, sie muß im Gegenteil dieselbe fürchten, weil sie ihren Einfluß verliert; sie ist also unter allen Umständen auf dem Plage. Anders stehen die Sachen für eine Partei, die auf die Massen wirken und sie in Bewegung setzen muß. Diese glaubt man durch die Thatfache, daß ein großer Theil der Industriearbeiter vor Weihnachten stark beschäftigt ist und die Versammlungen nicht besuchen kann, schädigen zu können.

Die Absicht ist zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. Zeigen wir also, daß unsere Feinde sich täuschen; benutzen wir gerade den Umstand der eigenthümlichen Ansetzung des Wahltermins dazu, um den Wählern die Augen darüber zu öffnen, wie man Arbeiterkandidaten fürchtet und, um ihre Wahl zu verhindern, vor keinem Mittel zurückweicht. Daß der „fromme christliche Staat“ sich selbst davor nicht scheut, die „hehre Weiße der höchsten Festtage der Christenheit“ durch profanen, leidenschaftlichen Wahlkampf zu entweihen, wollen wir auch nebenbei, als ein kleines Merkmal des „Culturkampfes“, nicht vergessen hervorzuheben. Und nun frisch und unermüdet an's Werk!

Ein „Gründer“.

Vor einigen Wochen — unmittelbar vor den Wahlen — wurde an den patentirten Tugendverzapfer Lasker die Bitte gerichtet, er möge doch über diesen und jenen Candidaten, der nicht ganz von dem Gründergeruch frei geblieben, Auskunft ertheilen. Darauf antwortete unser Wesentlicher-Robespierre in einem offenen Schreibebrief, er könne auf das Anfragen nicht eingehen. „Ich fühle mich aus mehrfachen Gründen außer Stande, derartige Anfragen zu beantworten. Die heutige Post allein hat mir fünf Briefe dieses Inhalts gebracht; schon daraus sehen Sie, daß ich eine so umfangreiche Correspondenz in Angelegenheiten, welche die persönliche Ehre betreffen und besonders sorgfältig zu behandeln sind, beim besten Willen nicht bewältigen könnte. — Nicht jede Theilnahme an den Speculationen der jüngst abgelaufenen Gründungsperiode behaftet mit einem Makel. — Ich fühle mich weder berufen noch der Lust gewachsen, über das Verhalten einzelner Personen ein ebenso schwieriges wie verantwortliches Urtheil abzugeben. — Ich halte die allgemeinen Wahlen für eine rechtmäßige Gelegenheit, die Mandatbewerber um thatsächliche Aufklärung zu ersuchen, wenn ihnen specialisirte Vorwürfe einer unsoliden Theilnahme an unsoliden Gründungspeculationen gemacht werden.“ Genug — Herr Lasker will mit der Sache nichts zu thun haben; er fordert die Wähler auf, den verdächtigen Candidaten „mit specialisirten Vorwürfen“ zu Leibe zu gehen; weigert sich aber, das ihm, und mit Ausnahme der übrigen Teilnehmer der famosen „königlichen Commission“, von denen aber nicht Einer für Veröffentlichung des betreffenden Materials sich ihm allein zu Gebot stehende Belastungsmaterial den Wählern zur Verfügung zu stellen und sie so in den Stand zu setzen, „specialisirte Vorwürfe“ zu machen. Das ist zwar kein Gründungsschwindel, aber doch auch Schwindel.

Genug, Herr Lasker hat die Konsequenzen seiner bekannnten Tugendreden begriffen: die Popularität, welche sie ihm eingebracht, steht er vergnügt in die Tasche, aber seinen Worten gemäß zu handeln, das öffentliche Leben von den faulen Gesellen zu reinigen, die in Parlamenten und Staatsämtern sich eingeschlichen haben, das fällt ihm nicht ein. Er ist wie der englische Arbeiter von den Pfaffen sagte: Sie gleichen den hölzernen Wegweisern, die den rechten Weg zeigen, aber nicht gehen!

Und wie tapfer rief Lasker nicht in einer seiner Reden aus: „An wem ein Makel haftet, der muß unnahezu an den Pranger gestellt werden. Fort mit Jedem, welcher Partei er angehöre, der seine Ehre nicht reinhalten will!“ Wir citiren nicht wörtlich, da uns die betr. Rede nicht vorliegt, aber dem Sinne nach.

Ach, Freund Lasker hat sich überzeugt, daß, wenn Jeder „fort“ müßte, der mehr oder weniger faul gegründet hat, dann würden Reichstag und Landtag gar sehr gelichtet werden und Lasker seine Reden vor leeren Bänken zu halten haben.

Indeß Gründer und Gründer ist doch ein Unterschied. Es giebt große und kleine. Unter den großen so große, daß es ganz unmöglich ist, sie nicht zu sehen. Da ist z. B. ein wahres Rammhörn von einem Gründer, das ehemals ein eifriger Com-

munist war, dann eifriger Fortschrittler, dann eifriger National-liberaler und noch eifrigerer Gründer. Miquel heißt der Mann, und Herr Meyer von der „Revue“ hat ihm einen recht ausführlichen Steckbrief geschrieben — zum Gebrauch für Herrn Lasker, falls dessen Kurzsichtigkeit einen zu heftigen Charakter haben sollte. Wir lassen — zur Charakteristik des Mannes und der Zeit einige Auszüge aus dem Meyer'schen Artikel (Bd. 75, Heft 1) folgen: „Warum tritt Herr Miquel aus der Direction der Disconto-Gesellschaft?“

Gewiß ist es hoch interessant, wenn man von den großen Parteiführern hört, sie wollen diesen oder jenen Schritt thun, der mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Zusammenhang steht oder sich doch un schwer mit derselben in Zusammenhang bringen läßt. So war es ein bedeutungsvoller Schritt, als der Führer der hannoverschen Nationalliberalen den bescheiden honorarischen Posten eines Oberbürgermeisters von Osnabrück mit der fürstlichen — nein, mehr als fürstlichen Stellung eines Discontogesellschafts-Inhabers vertauschte. Man konnte schließen, daß, da er Führer der Partei blieb und andere Führer sich ihm gründend angeschlossen, das Gründen jetzt eine liberalere Seite anerkannte, nicht bloß einträgliche, sondern auch ehrenvolle Beschäftigung geworden sei. Auffallend war dann Lasker's Feldzug gegen ein paar Gründerelemente, an deren Beispiel nicht viel zu beweisen war. Den Gründungsgrößen Miquel hätte er heranziehen müssen, denn das Beispiel lag ihm ja auch persönlich nahe.

Jetzt heißt es plötzlich, Herr Miquel wolle seinen Geschäftsinhaberposten bei der Discontogesellschaft aus Gesundheitsrücksichten niederlegen. Aber zum Abgeordneten sei er noch gesund genug. Er hat auch eine Rede vor seinen Wählern gehalten. Was bedeutet es nun, daß Herr Miquel als Bankirrentag zu ungesund ist, aber zum Volksvertreter noch gesund genug?

Will die liberale Partei etwa nicht mehr, daß ihre Führer auch große Gründer gleichzeitig sind, und hat Herr Miquel die Aussicht auf weitere Millionen, welche er bei der Discontogesellschaft vielleicht noch gewinnen konnte, geopfert, um weiter Parteiführer bleiben zu können, oder — waren etwa in Zukunft bei der Discontogesellschaft keine Millionen mehr zu erwarten und zog sich Herr Miquel nur geschickt vor einem „Kraach“ aus der Affaire?

Das wäre allerdings sehr angenehm; das Gute so ein halb Duzend Jahre mitgenommen, einige Hunderttausende angesammelt zu haben und dann, wenn das Schiff aussieht, es verlassen und wieder den großen Politiker weiterspielen!

Werfen wir einen Blick auf den Courszettel. Dieser ist ja der Abglanz der „Meinung“, die das Publikum von einem Institut hat. Vom 4. October 1872 bis 30. August 1873 finden wir da in Monatszweckentritten folgende Course für Disconto-Commandit: 315, 340 1/2, 350, 336, 279 1/2, 293, 304 1/2, 271 1/2, 244, 224 1/2, 201, 230 1/2. Am 29. September stehen sie gar nur 180. Sie sind von ihrem höchsten Stand 350 binnen Jahresfrist also um 170 pCt. gefallen! Dies ist denn doch über die Wagen anständig! Sollten wirklich Zweifel in die Realität, Solidität des Geschäftes der Discontogesellschaft sich herausgestellt haben?

Diese Gesellschaft wurde 1856 „zur Beförderung der Erwerbsthätigkeit“, für kleine Leute also, von David Hansemann gegründet. Schon 1857 wollte man 10 Millionen Thaler neue Aktien mit 16 pCt. Agio ausgeben. Es war also auf eine große Agiotage abgesehen. Die Sache mißlang aber. Seit Herrn Miquel's Eintritt hat man nicht nur dies Geschäft gemacht, sondern seitdem datirt auch die enorme Gründerthätigkeit dieses Instituts.

Im Jahre 1869 bewarb sich die Discontogesellschaft um die Concession einer Hundert-Millionen-Prämienanleihe, bei der ihr, wie man damals nachrechnete, außer den Beneficien, die es mit sich bringt, wenn man 100 Jahre lang ein Capital von 100 Millionen Thaler zu verwalten hat und diese Kunst versteht, gleich bei der Placirung ein Agio von ca. 10 Millionen Thaler geblieben wäre. Leider scheiterte die Sache am Widerspruch des Abgeordnetenhauses, in dem sich Herr Miquel, wie es hieß, für die Sache interessirte, und des Herrenhauses.

Plötzlich ward Herr Miquel Geschäftsinhaber. Nun begannen die großen Gründungen.

Schon pro 1869 erhielten die damals nur drei Geschäftsinhaber 162,449 Thlr. Tantième. Macht pro Mann 54,000 Thlr. Herr Miquel verstand aber auch den Kummel. Jeder, der halbwegs mit der Börse vertraut ist, kennt den enormen Einfluß der Börsenblätter. Eine geschickt angebrachte günstige oder ungünstige Besprechung eines Papiers oder eines Unternehmens ist für den Erfolg oder Nichterfolg in den meisten Fällen von entscheidender Wichtigkeit. Herr Miquel hat augenscheinlich dieses Hülfsmittel für seine „Geschäfte“ mit größtem Erfolge angewandt. Von dem Augenblick an, wo er der Discontogesellschaft attachirt war, begann die geschickte in Scene gesetzte Minir- und Reclamearbeit für Unternehmungen, welche die Discontogesellschaft begünstigte, natürlich nur um riesige Profite einzufachen und die Aktien der Gesellschaft in die Höhe zu treiben. Die „Revue“ schildert diese Minirarbeit in der Presse in sehr interessanter Weise. Mangel an Raum verbietet uns, dieselbe ausführlicher darzulegen. Zog ein Artikel in dem einen Blatt nicht genügt, weil das Börsenpublikum die Quelle desselben vielleicht errieth und darum den Leim nicht gehen wollte, flugs wurde ein anderes „unabhängiges“ Blatt in Anspruch genommen und sang aus einer andern Tonart dasselbe Lied. Natürlich veröffentlicht unsere „unabhängige“ Presse solche Artikel nicht um „Leibes“ und Gotteswillen; für welche Beträge die Spalten der Zeitungen offen sind, ist in den Kreisen der Eingeweihten der Börse öffentliches Geheimniß. So wurden die Berliner Börsenzeitung, Spener'sche Zeitung, Berliner Bankzeitung, Elberfelder Zeitung, Schlesische Zeitung u. zu Gunsten der Dis-

contogesellschaft in Anspruch genommen und der Cours ihrer Actien auf 300 in die Höhe getrieben. Herr Miquel hat sich also um die Gesellschaft wohl verdient gemacht und konnte dafür seine paar-hunderttausend Thaler jährlicher Einkünfte mit „antem Gewissen“ einstreichen. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

— In Preußen ist kürzlich die sogenannte Volksvertretung nach dem berückichtigten Dreiklassenwahlsystem, das Bismarck selbst 1867 im Reichstag das „elendeste und miserabelste“ Wahlsystem nannte, gewählt worden. Diese Wahl hat wiederum gezeigt, wie wenig Bedeutung das eigentliche Volk dabei hat, dann aber auch — und das ist erfreulich — daß das Volk kein Vergnügen daran findet, sich fernerehin als Stimmvieh der Bourgeoisie gebrauchen zu lassen und darum zum größten Theil vorzog, von den Wahlen fern zu bleiben.

Sehr interessant ist nach beiden Richtungen hin das Berliner Wahleresultat, über das genaue statistische Ziffern vorliegen. Es gab bei der letzten Wahl in Berlin 136.853 sogenannte Urwähler; davon gehörten 5579 zur ersten, 19.403 zur zweiten und 111.872 zur dritten Wählerklasse. Ein Wähler aus der ersten Klasse hatte also genau so viel Stimmrecht wie 20 Wähler aus der dritten oder 3 1/2 Wähler aus der zweiten Klasse, und ein Wähler der zweiten Klasse so viel Stimmrecht wie 5 1/2 Wähler aus der dritten Klasse.

Sehr lehrreich ist nun, zu beobachten, wie diese verschiedenen Wählerklassen sich genau in demselben Verhältnis an der Wahl beteiligten, wie ihr eigener Einfluß dabei maßgebend war, so daß die eigentliche Bourgeoisie in der ersten Klasse sich am stärksten, die kleine Bourgeoisie in der zweiten Klasse sich geringer, und das Proletariat der Kopf- und Handarbeit in der dritten Klasse sich am schwächsten dabei beteiligte. Während von der ersten Klasse durchschnittlich 54 Procent der Wahlberechtigten Theil nahmen, beteiligten sich aus der zweiten nur 36 Procent und aus der dritten gar nur 22 Procent; und letztere Zahl wäre noch geringer gewesen, wenn nicht der Harmonie-Theil Max Hirsch und seine Trabanten den ihnen anhängenden Theil der Berliner Arbeiter an die Wahlurne getrieben hätten. In welcher Weise die eigentliche Volksmeinung durch dieses Wahlsystem gefälscht wird, davon liefert die Stadt Cöln ein sehr drastisches Beispiel. Dort standen die Liberale und Ultramontane gegenüber, und erstere siegten — trotzdem diese, nach einer Berechnung der „Cölnischen Volkszeitung“, nur circa 4000 Mann der Abstimmenden auf sich vereinigten, während für die ultramontanen Candidaten sich 7000, also fast die doppelte Zahl, ansprachen. Wäre die Wahl also nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht gehandhabt worden, würden die Unterlegenen die Sieger gewesen sein. Darnach läßt sich bemessen, daß die Reichstagswahlen vielfach ganz anders als die Landtagswahlen ausfallen werden; letztere auch nie und nimmer als der Ausdruck der Volksstimmung angesehen werden können, weder in Preußen, noch in Sachsen, noch in einem andern deutschen Staate. Fort also mit dem Humbug der sogenannten Volksvertretungen!

— Moderne Folter. In der Berliner „Tribüne“, die diesmal ausnahmsweise keinen Klatsch für alte Weiber bringt, lesen wir: „Unter den Bewohnern des Stettiner Gefängnisses befand sich der etwa 22jährige Steinbruderlehrling August Ritsche, der wegen Schlägerei inhaftirt war. Der Gesangene erhielt im Mai d. J. eine Disciplinar-Arreststrafe bei Wasser und Brod wegen Ungehorsams gegen die Aufsichtsbefehle. Diese Strafe verübte der Gesangene in einer Untersuchungs-Zelle des Zellengefängnisses. In seiner Einsamkeit begann er, um sich die Zeit zu vertreiben, zu singen, dies ist jedoch verboten. Der Wärter meldete wieder das Vergehen und die Folge war, daß R. zu seiner noch nicht verübten Strafe eine neue erhielt. Eine Zerstreuung oder Wollte der Gesangene haben und da Singen nicht erlaubt war, hob er das Fenster aus, um den blauen Himmel zu sehen. Eine neue Anzeige des Wärters und die Folge wird der Leser errathen. Jetzt wurde der Arrestant so unruhig, daß er sich an Nichts mehr lehrte; er öffnete sein Fenster, wenn er Lust hatte, und pfiff sein Liedchen ruhig weiter. Wegen dieser Widerspenstigkeit erntete er neue Strafen, so an einem Tage 40 Tage bei Wasser und Brod. Im Ganzen befand er sich wohl über drei Monate im Arrest; da wurde er aus demselben entlassen, aber nicht etwa weil er genug gebüßt hatte, sondern weil er so schwach geworden war, daß der Wärter sich veranlaßt sah, über den Zustand des Gesangenen weitere Meldung zu machen. Rannmehr ließ man denselben zum Strafgefängniß abführen, damit er sich wieder erst erhole, bevor er den Rest der Disciplinarstrafe verübte. Aber da war kein Erholen mehr möglich, die Arrestspeise war von so schlimmer Wirkung gewesen, daß der Magen die warmen Speisen nicht mehr annahm und so wurde der Patient nach dem Lazareth gebracht. Die Entkräftung war jedoch bald soweit vorgeschritten, daß er nur durch überlauten Schreien aus einem todtähnlichen Schlafe erweckt werden konnte. Am 5. September starb der Unglückliche und zwar nach dem Attest des Anstaltsarztes am „Typhus mit hinzutretener Lungenentzündung“. Andere Leute sind jedoch der Meinung, daß Ritsche dem Hungertyphus erlegen ist. Nach diesem unglücklichen Ausgange wurden die Beamten von einem derartigen Schrecken ergriffen, daß ein anderer Arrestant, der 96 Tage Wasser und Brod durchgemacht hatte, ebenfalls nach dem Lazareth geschafft wurde. Dieser, Namens Holz, ein Berliner Kind, hatte sich bereits eine Augenkrankheit zugezogen und schien man auch seinetwegen zu fürchten; denn eine geraume Zeit hindurch

brachte der Anstaltslehrer demselben jeden Tag Wein, den jedesfalls der Geistliche Schulz spendet hatte."

Wir registrieren diesen neuen Akt des „civilisirten“ Kannibalismus, indem wir freilich ein Mittel wissen, das dem armen Steinbrückerlehrling geholfen hätte. Er hätte müssen von Adel sein und Spigen gestohlen haben, dann wäre es ihm wohl nicht so schlecht gegangen. Aber er hatte sich geprügelt und das brachte ihm den Tod. Der „Staat“ freilich, wo solche Marteranstalten bestehen, hat nicht das mindeste Anrecht auf den Namen „Culturstaat“; wir finden es inbessenen zum Theil begreiflich, daß eine „Cultur“, deren Abzeichen die Fiedelhaube ist, zu derartigen Ungeheuerlichkeiten führt. Wahrscheinlich, die Folter des Mittelalters kann unmöglich schrecklicher gewesen sein, als die Folter in unserer Zeit des „Culturkampfes“. Hier wäre das Feld, wo man für die „Cultur“ kämpfen könnte; hier ist seit Jahrhunderten kein Schritt vorwärts gemacht worden, und die Kerkeranstalten sind nachgerade so barbarisch, wie zu Zeiten der „eisernen Jungfrau“. Apropos, warum führt man diese nicht wieder ein? Sie gäbe doch ein vortreffliches Mittel ab, schweigsame Redacteure zum Geständnis zu bringen. Und schließlich ist es für eingesperrte „Hochverräther“ ziemlich dasselbe, ob sie — wie in Pest — von Mäusen und Ratten gefressen oder von der „eisernen Jungfrau“ getödtet werden. Die Wahl ist wenigstens ziemlich schwer.

„Es hat sich Alles so herrlich erfüllt, was 1848—49 erstrebt wurde,“ lobt die Nationalliberalen; natürlich was „vernünftiger“ Weise erstrebt wurde, denn wenn irgendwo in Deutschland das Volk wie damals für die Republik erhob, würden die Soldaten des „neuen Reichs“ ebenso sicher zur Niederwerfung der Freiheitkämpfer kommandirt werden, wie damals die Soldaten des alten Preußen, und der jetzige Kaiser von Deutschland würde, falls sein körperlicher Zustand es ihm erlaubte, genau dieselbe Rolle spielen, wie damals der Prinz von Preußen. Doch das nur im Vorbeigehen. So weit es sich um das Bürgerthum handelt, hat sich „Alles“ in der That „erfüllt“, ob „herrlich“, das bleibe dahin gestellt. Der Glanz- und Mittelpunkt der 1848er und 49er Bewegung bildete für den liberalen und demokratischen Bürger das deutsche Parlament. Wohl: der letzte Präsident des Frankfurter Parlaments ist bekanntlich Präsident des Bismarckschen Reichstags; und wie wir jetzt aus der Berliner „Volkzeitung“ ersehen, beabsichtigen die Nationalliberalen den Präsidenten des Stuttgarter Rumpparlaments, Hrn. Löwe von Galbe, zum Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses zu wählen. Damit wäre der Uebergang des 1848er und 49er Parlaments in den Bismarckschen Parlamentarismus vollständig. Wir sind begierig, was die Fortschrittspartei zu der ihrem hervorragenden Mitglied zugebunden und schon lange von ihm verdienten Ehre sagen wird. Wahrscheinlich nicht; denn an fond (im Grund) ist Hr. Löwe in seiner Anebelung des Bismarckschen Werks nicht feuriger, als der Rest der Fortschrittspartei. Wann wird diese „Partei“ von sich selbst und das Publikum humbugzenden Charlatanen endlich sich in's Unvermeidliche fügen und in die nationalliberale Partei eintreten, in die sie gehört, und von der sie nur durch einige verlogene und heuchlerische Phrasen getrennt ist?

Jenes Berliner Altweiberorgan, das sich „Volkzeitung“ nennt und mit Vorliebe seinen Schmugvorrath gegen die Sozialdemokratie verschwendet, hat neuerdings abermals entdeckt, daß die Behauptungen der Sozialdemokraten von dem Glend der Massen eitel Lüge und Uebertreibung sind. Der Fall, den es zur Fällung eines solchen Urtheils anführt, beweist allerdings in seiner Vereinzeltung gar nichts. Auf fogel und gesunden Menschenverstand kommt es in diesem sauberen Blatt auch nicht an, wenn es glaubt seinen Zweck zu erreichen. Hören wir also das Blatt selbst. In seiner Nummer vom 8. November erzählt es, daß ein in der Münzgasse in Berlin wohnender Kupferschmiedemeister über eine etwa 1600 Thlr. betragende Arbeit Contract abgeschlossen und dabei die Rechnung zu Grunde gelegt hatte, für 2 Thlr. 16 Gr. bis 2 Thlr. 20 Gr. täglichen Lohn Arbeiter zu bekommen. Sie sagt nun wörtlich:

„Trotz aller angewandten Mühe gelang ihm dies jedoch nicht, vielmehr verlangten die Gesellen 3 Thlr. täglich und — Fahrgehalt für den Omnibus, weil die Arbeitsstelle etwa 25 Minuten von der Wohnung des Meisters entfernt war. Natürlich hat derselbe unter diesen Umständen den eingegangenen Contract mit ziemlich bedeutendem Verlust lösen müssen und die Arbeit selbst ist einer auswärtigen Fabrik übertragen. Wie viel Tausende von Beamten, Lehrern und Gelehrten würden wohl zufrieden gewesen sein, wenn man ihnen die Aussicht auf einen täglichen Verdienst von 2 Thlr. 20 Gr. gewährte, selbst wenn sie den Weg ohne Fahrgehalt für den Omnibus zurücklegen müßten.“

Angenommen, daß diese Erzählung auf Wahrheit beruht, was beweist sie? Einfach nur, daß die Nachfrage nach Kupferschmiedegesellen in Berlin so groß ist, daß dieselben glaubten, günstigere Arbeitsbedingungen erlangen zu können, als dies bei dem Meister in der Münzgasse der Fall war. Die Arbeiter haben also einfach das von der „Volkzeitung“ als „Naturgesetz“ verehrte ökonomische Gesetz von Angebot und Nachfrage in Anwendung gebracht, und ihnen deshalb einen Vorwurf zu machen sollte dem Organ des Herrn Franz Dunder zu allererst einfallen. Daß Beamte, Lehrer und Gelehrte sehr häufig die gleiche Tageseinnahme nicht haben, weiß Niemand besser wie wir; „aber“, könnten wir da antworten, wenn wir eben so oberflächlich und perfid sein wollten, wie die edle „Volkzeitung“, „warum werden sie nicht Kupferschmiedegesellen?“ Doch Scherz bei Seite! Die „Volkzeitung“ will mit ihrer Kolb beweisen, daß das Arbeiterelend, das die Sozialdemokraten schildern, ein Märchen ist; sie will den Ausnahmefall der momentan günstig gestellten Kupferschmiedegesellen zur Regel für alle Arbeiter stampeln, und hier liegt des Pudels Kern. Die Berliner „Volkzeitung“ weiß so gut wie wir, daß es in Berlin viele Tausende von Webern gibt, die froh sind, wenn sie einen Durchschnittsverdienst von 4 Thlr. per Woche haben; sie weiß, daß es Tausende von Schuhmachern, Schneidern und andern Arbeitern gibt, die einen gleichen oder nur wenig höheren Arbeitsverdienst haben; sie weiß ferner, daß im gegenwärtigen Augenblick bereits Tausende von Arbeitern vorhanden sind, die in Folge der wüsten Produktionsweise der Bourgeoisie auf's Straßenpflaster geworfen sind, die nichts verdienen, obgleich sie arbeiten möchten, und die dem hereinbrechenden Winter in verweirter Stimmung entgegen sehen. Alles dies und noch viel mehr weiß die „Volkzeitung“. Und doch diese alberne Kolb und doch ein solcher Hohn dem Arbeiter in's Gesicht geschleudert! Vernünftige Arbeiter, die dieses Blatt noch lesen, kann es nicht geben!

Der Wiesbadener Spigendiebstahlprozess hat sein Nachspiel gehabt. Die dritte Angeklagte, Leonie v. Langsdorff — welche bisher im Irrenhause war, obwohl das ärztliche Zeugnis Nichts vom „Irren“ wissen wollte — ist zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Ob diese Strafe auch durch kaiserliche Cabinetordre in Gefängnißhaft verwandelt werden wird, wie

bei einer andern der drei Spigendiebstahlinnen bereits geschehen ist! Allerdings, wenn Diebstahlinnen — die freilich vom Adel sind — „begnadigt“ werden, so ist dies eine Thatsache, die einem anständigen Sozialdemokraten schon allein verbieten würde, bei einem Fürsten um „Gnade“ zu flehen, abgesehen von allem Männerstolz und vielen andern Dingen, die einem Sozialdemokraten dies unmöglich machen. Wir Sozialdemokraten gehen zwar gern mit „Hochverräthern“ um, aber von Dieben halten wir uns sorgsamst fern, namentlich wenn sie von Adel sind. Das Pariser Proletariat hing noch bei allen Revolutionen die Diebe an den nächsten Laternenpfahl auf, weshalb ja auch einmal ein gewisser Rothschild aus Paris geflüchtet sein soll; Kaiser und Könige „begnadigen“ die Diebe. Das ist eben der Unterschied.

Die letzte „Internationale“ bringt wieder eine Correspondenz des sauberen Herrn Durand, er verspricht am Schluß, in seinem nächsten Brief „Erklärungen“ (explications) zu geben, von denen er hofft, daß sie diejenigen seiner Gegner befriedigen werden, welche die soziale Frage anders als durch das, den Päpsten gewisser Schichten so vertraute Absolute (sic!) zu lösen suchen. Das „Absolute“ scheint dem Herrn Durand gleichbedeutend mit Prinzip zu sein. An der Spitze des politischen Theils derselben Nummer der „Internationale“ giebt der „belgische Bundesrath“ folgende, von dem Secretär E. Pierron im Namen des Rathes unterzeichnete Erklärung ab: „Da uns von mehreren Seiten Verwahrungen gegen den Gedanken der von dem Journal „Avenir National“ in Paris vorgeschlagenen und von unserem Pariser Correspondenten unterstützten „Nationalen Ligue“ zugehen, so glauben wir allen Föderationen der Internationalen Arbeiterassoziation die Erklärung abgeben zu müssen: die belgische Föderation übernimmt keinerlei Verantwortlichkeit für die von dem Pariser Correspondenten ihres Organs ausgeprochenen Ideen, ebenso wenig wie für die, welche von anderen Correspondenten ausgeprochen werden könnten. Das politische Programm der belgischen Arbeiter läßt sich so zusammenfassen: Enthaltung von jeder Allianz mit den Bourgeoispartei, welche sich um die Gewalt streiten, gleichviel ob diese Parteien Katholiken, Liberale, Fortschrittler oder Republikaner sind. Wir glauben uns hiermit im vollsten Einklang mit dem Fundamentalsatz unserer Internationalen Arbeiterassoziation zu befinden, welcher die Befreiung der Arbeiter durch die Arbeiter selbst fordert.“

Auf der anderen Seite glauben wir aber auch dem Prinzip der Autonomie der Gruppen es schuldig zu sein, daß wir den Arbeitern der übrigen Länder die Freiheit zuerkennen, wenn sie es der Sache des Proletariats für nützlich halten, sich momentan mit dieser oder jener politischen Partei zu verbinden.“

Das heißt: wir sind in der Theorie für die „Enthaltung“ und in der Praxis für das Bündniß mit jeder beliebigen Partei — Bonapartisten, Bismarckern — wir müssen nur das Bündniß „der Sache des Proletariats für nützlich halten!“ — So viel für heute. Die Affaire Durand wird möglicherweise zu einer Krise innerhalb der belgischen Arbeiterorganisation führen; jedenfalls werden wir noch Gelegenheit haben, auf dieselbe zurückzukommen.

Der brave Arch hat richtig mit den Behörden in Canada einen Vertrag zur Lieferung von — zunächst hundert — „ausgesuchten“ Landarbeitern mit Familien abgeschlossen. Für einen Versuch zur Lösung der Landarbeiterfrage etwas bescheiden. Indes doch unzweifelhaft ein gutes Geschäft — für Herrn Arch, den Arbeiterapostel, dessen Trommel recht lustig von dem dieberrn „Beehive“ gerührt wird.

Das System der sogenannten „Geiseln“, d. h. der Festnahme von Personen einer feindlichen Partei, welche mit Leib und Leben dafür zu haften oder zu büßen haben, was diese feindliche Partei thut, war zwar schon im grauen Alterthum in der Mode, ist aber unterdessen so ziemlich veraltet. Erst der „glorreichen“ Kriegsführung der Preußen im letzten Kriege war es vorbehalten, dieses System wieder modern zu machen. Allerdings hat auch die Pariser Commune Geiseln genommen, aber nur, weil die Versailler Ordnungsbandiden die unmenschlichsten Gräueltathen an den gefangenen Pariserern verübten. Dieses Geiselsystem hat in Frankreich zu einer großen politischen Komödie, die nach dem unvergleichlichen Muster unserer deutschen Stiebereien aufgeführt wurde, Anlaß gegeben. Ob dabei, wie beim Ebnischen Communistenprozess, gefälschte Protokolle und Briefe figurirten, oder ob Subjekte à la Henze und Lindenberg als „Zengen“ austraten, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß die „Staatsverbrecher“, welche in der Polizeikomödie die Rolle des „schuldigen Theils“ spielen mußten, aus vier Personen bestanden und zwar aus vier Einwohnern von Autun, wo auch der Prozess stattfand. Diese vier Personen waren zwei Redacteure, ein Apotheker und ein Stadtrath. Nach dem durch die Polizei herbeigeschafften „Belastungsmaterial“ sollen diese vier Leute beabsichtigt haben, in Frankreich die Commune wiederherzustellen, und sollen mit diesem Plan auch drei Mitglieder der Nationalversammlung, Barodet — bekannt von der letzten Nachwahl her — Boisset und Lacretelle, bekannt gewesen sein. Es wurde sogar eine Liste (pass auf, Stieber!) vorgelegt, worauf die Geiseln verzeichnet standen, welche die „Verschwörer“ festnehmen wollten. Diese „Liste“ scheint uns historisch verwandt zu sein mit Stieber's falschen Protokollen beim Ebnischen Communistenprozess, schon ihrer Absurdität wegen. Die Geiselliste enthielt drei Personen: einen Notar, einen Pfaffen und — die Richterin des Marshalls Mac Mahon, also eine Mac Mahonne. Was doch die französischen Stieber für verwegene Kerle sind! Ob der preussische Stieber wohl wagen würde, eine Prinzessin von Preußen, eine Richterin des Heldengreises, auf eine solche Liste zu setzen!

Frankösishe Blätter erzählen den Hergang der Sache wie folgt: „Am 6. November war gegen den Pharmaceuten, den Municipalrath und die beiden Journalisten vor dem correctionellen Gerichtshof die Verhandlung angefaßt. Die Anklage gegen die drei Deputirten hatte man fallen lassen. Indes sagte über Boisset ein Zeuge aus, daß am letztverfloffenen 27. September zu Epinal vor dem Hotel, wo er logirte, eine Menge Bolks sich angesammelt und gerufen hätte: „Es lebe Boisset! Es lebe die Republik!“ — worauf Boisset eine Anrede an die Menge gehalten und darin gesagt hätte: „Freilich werden wir die Republik aufrecht erhalten, wir werden sie proklamiren, aber Ihr müßt Euch ruhig verhalten und auseinander gehn!“

Bei der gerichtlichen Verhandlung waren zwei der Angeklagten nicht erschienen. Sie scheinen, bemerkt dazu der „Rappel“, der nämlichen Ansicht gewesen zu sein, wie jener Magistrat, welcher sagte, daß er sofort die Flucht ergreifen würde, wenn man ihn anklagte, die Thürme von Notre-Dame (des berühmten Pariser Domes) gestohlen zu haben. Der Pharmaceut und einer der Journalisten hatten es also für gut befunden, zwischen sich und die Gerechtigkeit ihres Vaterlandes die Landesgrenze zu setzen. Die beiden andern Angeklagten waren erschienen. Der eine von ihnen, Namens Guinot, ist der Municipalrath. Der andere, Lazarus Duverne, war Redakteur des „Morvan“, als dieses Blatt noch existirte; allein der „Morvan“ mußte das erleben, was die repu-

blikanischen Journale unter der Herrschaft der Fausti-Präfekten zu erleben pflegen: er wurde hinweggeräumt.

Die Advokaten der beiden anwesenden Angeklagten verlangten den Aufschub der Sache, in Anbetracht, daß — weil die Vorladung innerhalb der engstgezogenen Grenzen des Gesetzes geschehen war — ihnen nicht die nöthige Zeit geblieben war, um sich die zur Verteidigung erforderlichen Beweismittel und Aufschlüsse zu verschaffen. Hiergegen wandte der Staatsanwalt ein, daß „daran gelegen sein müßte, die durch diesen Prozess hervorgerufene Aufregung nicht zu verlängern“. Natürlich schlossen sich, obchon wenig Aufregung war, die feilen Schergen, welche Richter heißen, der Ansicht der Staatsanwaltschaft an. Daraus erklärten die beiden Angeklagten, daß sie wie Richterhienene gerichtet sein wollten. Demgemäß behandelte sie das Gericht wie Solche, welche der Vorladung nicht Gehorham geleistet hätten, und verfuhr gegen die beiden Andern, welche flüchtig waren, in contumaciam. Alle vier Angeklagte wurden verurtheilt: Duverne und Guinot zu vierjährigem Gefängniß, Joffrand zu drei Jahren und Vaudot zu zwei Jahren. Alle vier wurden ihrer bürgerlichen und politischen Ehrenrechte beraubt und zwar Duverne, Joffrand und Vaudot auf fünf Jahre, Guinot auf zehn Jahre. Diese Verurtheilungen fußten auf folgenden Anklagepunkten: 1. Betheiligung an einer geheimen Gesellschaft; 2. Mitgliedschaft der Internationale und Propagandirung für den genannten Verein; 3. Aufbewahrung von Kriegswaffen und Kriegsmunition. Der Punkt bezüglich der Geiseln war fallen gelassen worden.

Diese erbärmliche Komödie beweist, wozu eine Regierung, deren Hauptperson ein bonapartistischer Landlächer, fähig ist, und wie weit die Corruption um sich greift bei Leuten, die einer solchen Regierung dienstbar sind. In einem „Staat“, an dessen Spitze ein Mac Mahon steht, der zuerst von seiner „besseren Hälfte“, Johann von Pfaffen und dann erst noch von politischen Abenteurern aller Arten regiert wird, ist es freilich möglich, daß die Schürze einer seiner Richten nicht weniger politische Bedeutung in sich befreit, als das „Lilienbanner“ des Idioten Chambord.

Die amerikanische Insel Cuba, welche zu den Antillen gehört und 1492 von Columbus entdeckt wurde, ist natürlich bisher von den spanischen Regierungen als Provinz betrachtet — nur ein Jahr, 1762 bis 1763, war sie in der Gewalt der Engländer — und dementsprechend in Abhängigkeit gehalten worden. Die Bevölkerung von Cuba fand dies nicht für notwendig und begann im Jahre 1868 den Unabhängigkeitskampf gegen Spanien. Der Kampf wüthet unentschieden fort und die Insel, welche von höchstens anderthalb Millionen bewohnt ist, kann sich selbstständig nur mit Mühe der spanischen Uebermacht erwehren. Wenn Isabella, Prim und Amadeus gegen die cubanischen „Insurgenten“ einen barbarischen Kampf führten, so lag dies in der Natur der Dinge; daß aber auch Herr Castelar, der „große Republikaner“ und Schönschwärzer, diesen Kampf mit den gleichen grausamen Mitteln weiter führt, ist für uns wohl sehr begreiflich, aber auch ein weiterer Beweis, daß es Leuten wie Castelar, die bisher den Mund stets von „Prinzipien“ so voll nahmen, diese „Prinzipien“ nach Bedürfnis besolgen oder nicht und sie, wenn nöthig, mit derselben Gemüthsruhe bei Seite werfen, mit der man sonst ein Hemde zu wechseln pflegt. In diesen Tagen kaperten die Schiffe der spanischen (also Castelar's) Regierung ein Insurgentenschiff, genannt „Virginus“, das schon öfters die Blockade durchbrochen hatte, verurtheilten die „Räuberführer“ summarisch zum Tode und schlachteten sie ab. Diese Noththat geschah am Morgen des 11. November. Wir lesen darüber in verschiedenen Blättern: „Diese Eile rief nun aber in den Vereinigten Staaten einen Sturm der Entrüstung hervor und selbst in offiziellen Kreisen glaubte man, die Sache könne zu ernstlichen Verwicklungen mit Spanien führen. Diese Befürchtungen sind jedoch grundlos gewesen, denn die Regierung Castelar's hat durch den amerikanischen Gesandten in Madrid, General Sides, dem Staatssekretär Fish ihr lebhaftestes Bedauern über die Vorgänge in Cuba ausgesprochen lassen. Die Depesche, welche anordnete, die Exekution gegen den General Ryan und die übrige Mannschaft des Fubustier-Fahrzeuges „Virginus“ aufzuschieben, sei zu spät in Cuba eingetroffen. Die spanische Regierung erklärt, in gutem Glauben gehandelt zu haben. Staatssekretär Fish sucht jetzt das Urtheil gegen die übrigen Gefangenen so lange aufzuschieben, bis die Legalität der Gefangennahme festgestellt ist.“ Auf welcher Seite in diesem Kampfe wohl die „Legalität“ sein mag? Gewöhnlich ist sie am allerwenigsten bei denen, die sie zumeist im Munde führen. Was der „gute Glaube“ und das „lebhafteste Bedauern“ Castelar's bedeuten, wird nachdrücklich erklärt durch die Thatsache, daß der spanische Oberbefehlshaber in Cuba achtzig in einem Gesichte gefangen genommene Insurgenten hat ohne alles weitere erschießen lassen. Hoffentlich handeln doch die spanischen Generale in Cuba nach den Instructionen ihrer Regierung. Der „Democrat“ Castelar, dessen Truppen die gefangenen Cubaner wiedermegeln, ist auf dem besten Wege, ein „genialer Staatsmann“ zu werden!

Am 30. November findet zu Hof ein Congress der oberfränkischen Weber statt, wo für den oberfränkischen Weber-Bauverband, den die Behörden als „politischen Verein“ erklären, eine neue Organisation geschaffen werden soll.

Correspondenzen.

Borna. (Auch eine Lösung der sozialen Frage.) In Nr. 38 der „Allgemeinen deutschen Lehrerzeitung“ preisjüngert irgend ein geistlicher Herrmannprobit über „Schule und Sozialismus“. Da mancher Lehrer neben diesem Blatte auch den „Volkstaat“ lieft, so dürfte es am Plage sein, einmal jenen Unsinn einer sozialdemokratischen Beleuchtung zu unterwerfen. Auch die übrigen Sozialisten dürfte diese neue „Lösung“ der sozialen Frage interessieren.

Jener — Kohl, an dem der Verfasser so viel Tinte verschwendet hat, zeugt von einer großen Unkenntnis des Sozialismus und zeichnet sich durch gemeine Schimpfereien aus, so daß man dem Verfasser Glauben schenkt, wenn er sagt: „Anstand und gute Sitte lernt man nicht in den vier schmutzig-weißen Binden eines Seminars.“ Er darf sich deshalb nicht wundern, wenn wir ihn auch nicht mit Glacehandschuhen angreifen, denn „auf einen groben Kloy gehört ein grober Keil“.

Oeben wir jene Arbeit — wenn man es so nennen darf — durch, so stoßen wir Schritt für Schritt auf den kolossalsten Blödsinn. Nachdem Verfasser am Anfange den Sozialismus mit den beliebtesten Ausdrücken „Krankheit“ und „Seuche“ bezeichnet hat, preisjüngert er weiter: „Geräuschlos und in der Stille wurden und werden die willkommenen Glaubenssätze über liberté, égalité, fraternité gepredigt und eingefogen.“ Gleich hier verräth sich die

unsere Collegen daselbst so lange vor Zugung zu warnen, bis die Beendigung unseres Strittes angezeigt ist.

Nürnberg, 5. November. Fachgenossen! Auf unser Circular vom Monat September, haben sich noch folgende Städte zur Theilnahme an dem am 29. November in Würzburg im Saale des „Bayerischen Kaffeehauses“ stattfindenden allgemeinen Congress der Lithographen und Steinrunder angemeldet: München, Fürth, Wien, Frankfurt a. M., Mannheim, Ludwigshafen, Leipzig, Stettin, Hannover, Lübeck, Barmen, Bremen, Graz, Würzburg, Nürnberg und Stuttgart.

Zur Orientirung über Ausfüllung der Mandate diene Folgendes zur Notiz: Auf dem Mandat ist die Zahl der Collegen anzugeben, welche dem betreffenden Ortsverein angehören, oder welche in der beschlussfassenden Versammlung anwesend waren. Unterzeichnete müssen sein: Der Vorsitzende und der Schriftführer eines Vereins, bei dem Mandate einer freien Versammlung, der Vorsitzende und zwei Zeugen. Diejenigen Collegen, welche keinen eigenen Delegirten senden können, mögen ihre Mandate bis zum 20. November an Herrn Zimmermann, Kathrinengasse Nr. 10 in Würzburg einlefen. Ebenso ersuchen wir alle Ortsvereine, welche Delegirte senden, ihre Anmeldung so schnell wie möglich an obige Adresse gelangen zu lassen. Die Comitemitglieder werden die Delegirten am Bahnhof erwarten, erkenntlich an rothen Schleifen. Folgende Anträge sind bis zum heutigen Tage eingelaufen: Ortsverein Nürnberg:

- 1) Anlegung einer allgemeinen Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse.
- 2) Vertretung geschäftlicher Interessen durch die Gesamtheit.
- 3) Regelung des Lehrlingswesens, im Sinne der Fortbildung unseres Berufs und Bekämpfung der Rückbildung.
- 4) Anschluss sämtlicher Fabrikanten als Mitglieder unseres Bundes, wegen deren schon bestehender Vereinigung.
- 5) Der Congress möge die Organisation der Buchdruckergehilfen mit nur wenigen Abänderungen für unser Fach passend, annehmen.

Amendement von Meyer, Nürnberg, zu § 4 der Nürnberger Fachgenossen: Arbeitgeber, welche dem Verband schon als Gehilfen angehört, können demselben auch ferner angehören, so lange sie nicht mehr als 5 Gehilfen beschäftigen, oder durch arbeiterfeindliches Benehmen zu ihrem Anschluss Veranlassung geben.

Antrag der Mannheimer und Ludwigshafener Fachgenossen: Anreihung an Punkt 1) der Nürnberger Fachgenossen, Anlegung einer Viaticumkasse.

Anträge der Barmer Fachgenossen: 1) Viaticumkassen nicht zu errichten. 2) Jeder Local-Verein verwalte seine Kassenangelegenheiten selbstständig, verpflegt resp. unterstützt seine Mitglieder nach Maßgabe seines Statuts; außerdem ist jeder Zweigverein verpflichtet, eine festgesetzte Taxe für jedes seiner Mitglieder viertel- oder halbjährlich als die Hauptkasse abzuliefern, außerdem können auch einzelnstehende Collegen dem Bund beitreten, ohne einem Zweigverein anzugehören, sofern sie für diesen Fall die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen. 3) Der Invalidenfond wird vom Bundespräsidenten und Hauptfürsrer, sowie deren Stellvertreter verwaltet. 4) Das Kapital für den Invalidenfond wird gebildet aus der Hälfte des zu zahlenden Beitrags, welcher pro Mitglied an die Hauptkasse eingeleistet wird. 5) Aus Geschenken, welche ausdrücklich für den Invalidenfond bestimmt sind. 6) Die Kassa bleibt zwei Jahre nach dem erst gezahlten Beitrag geschlossen, mithin dürfen während dieser Zeitdauer keinerlei Unterstützungen aus dem Invalidenfond gewährt werden. 7) Alle von dem vorgenannten Tage ab eintretenden Invaliden-Unterstützungen werden nur von den Zinsen des hierfür vorgesehenen Kapitals geleistet, das hierzu fehlende wird durch gleichmäßige Vertheilung auf sämtliche Verbands-Mitglieder aufgebracht, und zwar so lange, bis das Fondcapital 3000 Thlr. übersteigt; auch tritt die vorgenannte gleichmäßige Versteuerung wieder in Kraft, sobald der Fond auf 300 Thlr. reducirt ist.

Fachgenossen! Der Tag an dem unser Congress stattfinden soll, rückt näher und näher. Sorgen Sie allerwärts dafür, daß derselbe zahlreich besetzt werde und sorgen Sie namentlich dafür, daß Delegirte erscheinen, denen es Ernst ist mit dem Wohl der arbeitenden Menschen. Alles, was etwa noch einzufenden ist, möge man an Zimmermann in Würzburg übermitteln. Auf zum Congress! Mit Gruß und Handschlag Für das Comité:

Christian Meyer, 1. Vorsitzender, Jacob Swadosch, 1. Schriftf. Newyork, 17. October. Man schreibt von hier dem „Correspondent für Buchdrucker“:

Als ich die traute Heimat verließ, ward ich sowohl von Einzelnen wie auch von größeren Collegentreifen aufgefordert, über meine Reise und über meine hier gemachten Erlebnisse im „Corr.“ zu berichten. Indem ich dieser Aufforderung hiermit entspreche, bedauere ich unendlich, dies nicht freudiger Devers thun zu können. Meine Reise war, wie mein ganzes Leben, vom Glück sehr wenig begünstigt. Schon in Hannover sehr leidend, steigerte sich das Unwohlsein in Bremen ungemein, und daß ich auf dem Schiffe keine Genesung finden konnte, liegt auf der Hand. Von der eben so reichen als feinen Cojütenkost konnte ich daher leider nur sehr wenig Gebrauch machen. Dazu kam noch, daß wir auf der Reise sehr viel Kälte, Sturm und Regen, indeß wenig Sonnenschein hatten bis zur zweiten Woche, in welcher letzterer bis zum vorletzten Tag der Fahrt die Oberherrschafft behauptete. Aber an diesem vorletzten Tage, fast angesichts Newyorks, wurden wir noch einmal von allen Schrecknissen eines Seesturms heimgesucht. Allein auch dieser ging vorüber und wir landeten, unserer 800 Passagiere, alle gesund auf dem freien Boden der oceanischen Republik, welche sich schon jetzt bereit macht, am 4. Juli 1876 ihr 100jähriges Bestehen zu feiern. Das Wort „frei“ halte man nicht für vollen Ernst, sondern weit mehr für bitteren Spott. Denn — und hiermit gehe ich zu meinen heftigen Buchdruckererlebnissen über — nirgends wird mit der Freiheit und Würde des Einzelnen so erbärmlich verfahren, als gerade hier in der Republik, in welcher die Kapitalisten die schamlosesten Gewaltthäter sind. Ich hielt immer den Mahnruf des „Volksstaat“ für stark übertrieben, allein die wenigen Wochen meines hiesigen Aufenthalts genügten vollständig, um alles über Amerika im „Volksstaat“ den Arbeitern Gesagte zur Warnung vor der Auswanderung nach Amerika vollkommen zu bestätigen. Zur Detailarbeit fehlt mir zwar nicht die Zeit, wohl aber die Stimmung, denn Condition in deutschem Sinne kennt man hier gar nicht. Boreest hat man als „Grünhorn“ froh zu sein, als „Aushelfer“ zu figuriren. Ein solcher war ich auch, bis nach 10 Tagen mein „Bormann“ (Factor) mich Morgens fragte: „Haben Sie viel abgelegt?“ — Ja! — „Nun, dann setzen Sie Ihren Kasten leer, nachher ist's alle!“ Dieser Bormann (Grünbaum) ist ein Jögling der Breitenstein'schen Schule in Frankfurt a.M. (Firma: H. P. Brönner), also ein Landmann! Dies kleine Bild mag — angesichts meiner kolossalen Verbitterung — für jetzt genügen, um die deutschen Collegen zu veranlassen, sich's wohl dreimal zu über-

legen, ehe sie einmal hier ihr Heil suchen. Ich sehe nicht an, zu behaupten, daß beim jetzigen Normaltarif mit den Vocalzuschlägen, sobald derselbe vollenhaltlich gültig ist, die Collegen sich in jeder Beziehung — auch moralisch — in Deutschland besser stehen, als im gelobten Freiheitslande. — Schließend erweitere ich die vom Secretär der Newyorker Typographia hauptsächlich gegen Fr. Rauchfuß hier gerichtete Warnung dahin: „Vleibet im Lande und nähret euch bleilich!“ Höchstens mögen sich solche junge Collegen hierher verirren, welchen die mehrjährige Kasernenlast vom Arzt verboten ward. Diese können sich mit den Buchdruckerstrapsen nach hiesigem Gebrauch, z. B. Samstags 18—20 Stunden (ohne Entschädigung), eher vertraut machen. In den anderen Tagen wird hier übrigens im Berechnen durchschnittlich nur 12 Stunden gearbeitet, wobei noch zu bemerken, daß man Mittagzeit hier gar nicht kennt. Gott grüß die Kunst und helfe ihr auf auch in Amerika! Ich aber grüße alle lächtigen Collegen in Deutschland mit dem Zurufe: Auf baldiges Wiedersehen!

Berichtigung.

Im letzten Abjah der politischen Rundschau von Nr. 110 (zweilste Zeile der 2. Spalte, S. 2) muß es heißen: vermißt (statt: verneinte) es vor Allem u. —

Fond für pol. Gemäßigelte.

B. Internat. Metallarb.-Gewerksch. hier 12 Gr., v. B. S. D. D. Dienstlein 16 Gr.

Zum Reichstagswahlfond.

B. C. F. K. in Commichau 1 Thlr. 6 Gr.

Briefkasten

der Redaction. H. A. in Berlin: Wir wollen von einer Veröffentlichung absehen. Einmal halten wir uns nicht für berufen, das Aneipenleben jener Herren zu controliren und zum Andern ließe sich der Spieß zu leicht gegen Sie umdrehen. Brief von H. in und bis jetzt noch nicht zugegangen. E. R. in Berlin: Brief folgt. Niban. in Hamburg: Erhalten. Den in Ihrem ersten Briefe ausgesprochenen Wunsch zu erfüllen, ist uns bei dem besten Willen nicht möglich. Wir wollen inbeffen unser Möglichstes thun und Ihnen eventuel Nachricht geben. Grillenberg, Nürnberg: Erhalten. Brief dieser Lage. Auf den Herzog von Akberg wird gefahndet. D. in Darmstein: Erhalten. Wollen leben wie ihr's verwerthen läßt. W. in Dresden: So unmotivirt können wir Ihre Anfrage nicht veröffentlichen. R. R. in Elberfeld: Die Aenderungen kamen zu spät.

der Expedition. Rkl Berlin Schr. 3 Gr. Rgl Elberfeld Ann. 5 Gr. B. S. D. D. Dienstlein Schr. 15 Gr. Ph. Rai Mannheim Ab. Decbr. Thlr. 6 8 5. Schr. Thlr. 6 12 3. Schr Mainz Ab. 10 Thlr. Schöber Delpf Ab. Thlr. 1 4. Rlu Bagenthal Schr. 8 Gr. Wl Rensdorf Schr. 21 Gr. Ing Bodenheim Schr. Gr. 17 5. Rrt vier Schr. 3 Gr. Sgt Halberstadt Schr. 3 Gr. Ards Commichau Schr. Gr. 27 5. E. Jflll Berta Schr. Thlr. 2 20 5. J. Frez Jllrich Schr. 20 Thlr. Letz Marburg d. Angelegt. ist beglichen. J. Schr Landshut Ihre Ann. kostet 6 Gr. Ffchr Wlan die Ann. kostet 14 Gr. Jgr. in Dresden von den „Ffshenweira“ habe ich noch genhigten Berrath. R. Leifz Marburg der von Ihnen f. Sorge gesandte 1 Thlr. 10 Gr. ist letzteren bereits gutgeschrieben.

Anzeigen u.

Berlin Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Bezirksversammlungen. Montag, den 17. November, Abends 8 Uhr, Subwig Local, Admiralsstraße 11, Eingang vom Hof: Raffenkannismus und Sozialismus. Vortrag des Herrn Bahleisch aus Chemnitz. Des beschränkten Raumes wegen haben zu dieser Versammlung nur Mitglieder und eingeführte Gäste Zutritt. Dienstag, den 18. November, Abends 8 Uhr, Cafe Hausmann, Elisabethstraße 17, Eingang vom Hof: Vortrag des Herrn Kalemstl. Das Comité.

Berlin Allgemeiner Böttcher- (Kilper)- Verein. Dienstag, den 18. Noobr., Abends 8 Uhr: Versammlung im Hefel'schen Lokal, Landbergerstraße 15. — Tagesordnung: Vortrag über die Reichstagswahlen. — Verschiedenes. Ein jeder Böttcher muß am Plage sein. Der Bevollm.

Dresden Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans, im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [3c]

Frankfurt a. M. Volksstaat-Abonnements für das vierte Quartal werden in meiner Wohnung wie auch Sonnabend Abends in den Versammlungen (Stadt Kreuznach) entgegengenommen. Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal 1 fl. 25 kr., pro Monat 29 kr. Das Abonnement ist im Voraus zu entrichten. Die Restanten des „Volksstaat“ wie auch von Schriften werden aufgefördert, in aller Kürze Zahlung zu leisten.

Die Filial-Expedition: Theodor Kald, Dudenstraße Nr. 156. [10]

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 18. Noobr., Abends 8 Uhr: Versammlung Gewandgäßchen Nr. 4, l. — T. D.: Die Beschlüsse des letzten Handwerker-tages. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Der Bev.

Leipzig Zur Notiz! Meine Wohnung befindet sich von heute an Körnerstraße Nr. 15, Vordergebäude II., links. Julius Kirsten, Vorsitzender des Ausschusses's.

Leipzig Arbeiterbildungsverein. Sonntag: 1—3 Uhr Zeichen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Wechseltunde. Sonnabends Vortrag oder Diskussion. [w1]

London. Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. Unser Lokal befindet sich jetzt: 81 Biao Post Newman Street Oxford Street W. C. — Es finden abwechselnd Vorträge über soziale und politische Fragen statt. — Im Ramen des Vereins: der Secretär. — Meine Adresse ist: F. Lehner, 2 Fitzroy Str. Fitzroy Sq.

New-York Vereinigte Tischler. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Versammlung in Teutonia, Assembly Rooms, 158—160 Avenue. Arbeitsnachweisbureau bei John Frankl 149, Elridge Street. (m1)

Spandau Die Mitglieder der soj. dem. Arbeiterpartei versammeln sich jeden Montag, Abends 8 Uhr, im Hamburger Tunnel. Der Vertrauensmann.

Wilkau Vorläufige Anzeige. Die hiesigen Parteigenossen beabsichtigen in einigen Wochen ein Arbeiterfest abzuhalten. Näheres wird später bekannt gegeben. [26]

Nochmalige Aufforderung.

Meine Schuldner wollen mich binnen 14 Tage bezahlen, widrigenfalls die Ramdastmachung aller erfolgt. Dresden. H. Jilger.

Agitations-Comité Chemnitz.

Diejenigen Bestimmungsgenossen, welche in der Umgebung von Chemnitz Volksversammlungen abzuhalten wünschen und dazu Hilfe von da bedürfen, wollen bis längstens den vorhergehenden Donnerstag die diesbezüglichen Mittheilungen an Robert Reichert, Lindenstr. 5, gelangen lassen, da sonst nicht mit Gewißheit auf Unterstützung gerechnet werden kann. Der Vorstand. [m2]

Aufforderung.

Die Herren: Siedert, Schuhmacher, Kurek, Schreiner, Göß, Messerschmied, Lehreter z. J. in Nürnberg, werden ersucht, dem Unterzeichneten umgehend ihre Adressen zugehen zu lassen. Nürnberg. J. Walling, Schneidermeister, Dindergasse.

Dem Parteigenossen Auer meinen besten Dank für die unermüßliche und aufopfernde Verbreitung der Iden für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Parteigenossen gehet hin und thut dergleichen. Rkl. Krügel, früher Berlin jetzt Elberfeld.

Soeben ist erschienen, von uns direkt und von der Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen:

Proletarierliederbuch

von Johann Mosl.

Vierte Auflage.

Preis: gebunden 4 Ngr., brochirt 3 Ngr.

Expedition der Chemnitzer Freie Presse.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozial-Demokratie.

Reicht einem Anhange, enthaltend: 1) Winke für die Agitation, 2) die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Vereins- und Versammlungsgesetze, 3) des Reichswahlgesetzes, 4) der Reichswahlgesetz-Verordnung, 5) des deutschen Strafgesetzbuches, 6) Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 7) Liste der bei „Gründungen“ hervorragend beteiligten Reichstags- und Bundesratsmitglieder.

Vielfach ausgesprochenen Wünschen entgegenkommend, haben wir von dieser Schrift eine Partie Exemplare in Pappe binden lassen, und werden hierfür, um den Absatz möglichst zu erleichtern, nur den Selbstkostenpreis (A. Stk. 1/2 Sgr.) berechnen.

Der Preis stellt sich demnach folgendermaßen: pr. Stück gebunden 3 1/2 Sgr. (12 Kr. sächs.); broch. 3 Sgr. (10 1/2 Kr. sächs.); im Duzend pr. Stück gebunden 3 Sgr. (10 1/2 Kr. sächs.); broch. 2 1/2 Sgr. (9 Kr. sächs.); gegen baar oder Postvorschuß im Duzend gebunden pr. Stück 2 1/2 Sgr. (9 Kr. sächs.); broch. 2 Sgr. (7 Kr. sächs.)

Pr. Kreuzband beträgt der Preis pr. gebundenes Exemplar 4 1/2 Sgr., pr. broch. Exemplar 4 Sgr. [1d]

Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Der Volksstaat-Kalender für 1874.

Inhalt: Calendarium. Biographischer Kalender. Die Schlacht um den Vrikenbaum. Eine Parabel von St. Simon. Roth. Französische Arbeiter. Robert Owen, ein Charakterbild. Der Pauker von Niklashausen; historische Erzählung von Robert Schweißel.

Preis pro Stück ohne Stempel 3 Ngr. 5 Pfg., Preis pro Stück mit Stempel 4 Ngr. Bei Abnahme von 12 Stück und darüber a 3 Ngr. exclusive Stempel.

Bei Baarzahlung außerhalb Sachsen 24 Stk. 2 Thlr. für Sachsen incl. Stempel 2 Thlr. 12 Gr.

An uns unbekannte Besteller wird nur nach vorheriger Einsendung des Betrages in baar oder Reichsbriefmarken oder gegen Postvorschuß versandt.

Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig

empfehl ich zur Ausführung aller ins Druckfach einschlagenden Arbeiten, und bittet namentlich die verehrl. Kasson- und Gewerkschafts-Verwaltungen um geneigte Berücksichtigung. Sie wird Alles aufbieten, um die erhaltenen Aufträge zur Zufriedenheit ihrer werthen Kunden zu erledigen.

Zur allgemeinen Kenntniß

bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher also Montag, Mittwoch oder Freitag mit der letzten Vormittagspost (11 Uhr) in unseren Händen ist.

Inserate bitten wir an uns zu adressiren. Die Expedition des „Volksstaat“.

Notiz für unsere Abonnenten.

Bei Beanstandung der Annahme von Abonnements Seitens der einen oder andern Post-Expedition ersuchen wir auf die am Kopfe des Blattes stehenden Abonnementsbedingungen zu verweisen, und geben hiermit bekannt, daß der „Volksstaat“ unter Nr. 3350 in dem großen und unter Nr. 3159 in dem kleinen Zeitungspreis-courant der Post eingetragen steht, wie im sechsten Nachtrag zum Zeitungspreis-courante pro 1873 Abschnitt II das 2monatliche resp. 1monatliche Abonnement auf denselben sich aufgeführt findet.

Im Falle der Verweigerung des Abonnements wolle man sich beschwerend an die zuständige Postdirektion wenden.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Berantw. Redakteur: Casper. (Redaktion und Expedition Zeilherstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.